

CDU-Fraktion Stadt Leverkusen

23.01.2025

Wortbeitrag zur Vorlage Nr. 2024/3164

Hochwasserschutz am Wiembach - Machbarkeitsstudie „Grünes Hochwasserrückhaltebecken“ am ehemaligen Pintsch-Öl-Gelände

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren,
nachfolgenden Wortbeitrag zur Vorlage 2024/3164 bitten wir zu Protokoll zu nehmen:

Wie bereits im Rahmen der ersten Vorlage zu diesem Themenbereich im Mai 2021 (Vorlage Nr. 2021/0659) wird auch die aktuelle Information über die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie als Kenntnisnahmevorlage den Ausschüssen, dem Bezirk II sowie dem Rat vorgelegt. Richtig ist, dass nach § 2 Abs. 1 Nr. d der Satzung die TBL AöR u.a. für den Hochwasserschutz auf dem Gebiet der Stadt Leverkusen zuständig ist. Entscheidungsgremium ist der Verwaltungsrat der TBL. Gleichwohl sieht die CDU-Fraktion in diesem Fall eine engere Einbindung der Ausschüsse, des Bezirkes und des gesamten Rates als geboten an, wie es im Übrigen in vergleichbaren Fällen bereits in der Vergangenheit vollzogen wurde.

Anders als noch im Jahr 2021 hat die Verwaltung nicht die Absicht, die Ergebnisse der Studie und die daraus resultierenden Schlussfolgerungen bzw. erforderlichen Beschlüsse im Rahmen einer Bürgerbeteiligung (Bürgerversammlung) vorzustellen. Aus Sicht der CDU-Fraktion haben aber insbesondere die Anwohnenden „rund um den Wiembach und der angrenzenden Straßen“ ein Recht darauf, aus erster Hand durch die Verwaltung sowie von den für die Entscheidungsfindung verantwortlichen Gutachtern informiert zu werden. Seit nunmehr 3,5 Jahren warten die vom damaligen Starkregenereignis besonders Betroffenen auf Maßnahmen der Stadt, die zukünftig einen besseren Schutz bieten sollen. Jetzt wird lediglich auf die fachlich nicht versierten Lokalpolitiker sowie die Presse gesetzt, um die Ergebnisse, die Bewertungen sowie die daraus folgenden Entscheidungen der Öffentlichkeit zu „verkaufen“. Mit dieser Mutlosigkeit der Verwaltung geht leider auch einher, dass damit das Thema in den anstehenden Kommunalwahlkampf hineingezogen wird. Das gilt es

in dieser wichtigen Angelegenheit absolut zu vermeiden. Neben der rein fachlichen Bewertung darf man bei diesem Thema nicht die berechnete, emotionale Komponente vergessen. Bei jedem größeren angekündigten Regenereignis schauen die Betroffenen des Jahres 2021 mit großer Sorge auf den Wiembach und die Wupper. Parallel wurden und werden (städtische und private) Gelder in Millionenhöhe für Sanierungen von Schulen, Kirchen, Kindergärten und des Naturgutes ausgegeben, ohne dass eine erkennbare Verbesserung des Hochwasserschutzes erzielt wird.

Die CDU-Fraktion fordert daher die Verwaltung auf, noch im ersten Halbjahr 2025 eine Bürgerveranstaltung in Opladen durchzuführen, um sachlich über die Ergebnisse zu informieren und das weitere geplante Vorgehen von Seiten der TBL darstellen zu lassen. Nach Möglichkeit sollte bei diesem Termin auch der Wupperverband vertreten sein, um über den Stand der Verbesserung des Hochwasserschutzes bei der Wupper zu berichten. Wiembach und Wupper müssen in Folge des vergangenen Ereignisses zwingend gemeinsam betrachtet werden.

Bei diesem Termin sollte auch deutlich gemacht werden, dass ein technischer Hochwasserschutz im Status quo nicht erreicht werden kann. Auch nach der von der Politik geforderten Studie für eine Alternative muss festgestellt werden, dass die Aufweitung des Wiembach als hydraulisch gleichwertige Lösung festgestellt wurde. Unter Beachtung der rechtlichen Rahmenbedingungen erscheint ein Festhalten an der „Unversehrtheit der Wiembachallee“ in ihrem jetzigen Zustand für den Hochwasserschutz für Menschen und Gebäude nicht erkennbar.

Hinsichtlich der Ergebnisse der Studie haben sich bei der CDU-Fraktion noch Fragen ergeben (hier u.a. die Frage nach 800 Bäumen (!), die für ein solches Hochwasserrückhaltebecken gefällt werden müssten). Auch ist der CDU unklar, wie bei der einzig vorliegenden und favorisierten Maßnahme einer Gewässeraufweitung in der Wiembachallee (Absenkung des Wasserspiegels um bis zu 17 cm) ein zukünftiger Schutz des Naturgutes Ophoven (welches gerade umfangreich saniert und erweitert wird) erreicht werden soll oder wie der im Jahr 2021 als „Problem“ festgestellte Durchfluss unter der Bahnlinie Rennbaumstrasse verbessert werden könnte? Daher wird die Errichtung eines Hochwasserrückhaltebeckens in der Variante 4 + mit einem

Retentionsvolumen von 135.000 m³ und einer damit einhergehenden Reduzierung des Abflusses am Unterlauf des Wiembach um ca. 4,8m³/s auf dann 12,7 m³/s als zusätzliche (ergänzende) Schutzmaßnahme weiterhin als sinnvoll und für einen ganzheitlichen Hochwasserschutz für Opladen als notwendig angesehen.

Daher bittet die CDU-Fraktion die Verwaltung, bei einem zeitnahen Vor-Ort-Termin die Politik über die Variante 4 + (mit all den beschriebenen Auswirkungen beim Bau eines Hochwasserrückhaltebeckens auf dem ehemaligen Pintsch-Öl-Gelände und der Wiembachau) zu informieren.

Die CDU sieht in einem „sowohl als auch“ statt einem „entweder oder“-Szenario die bestmögliche Vorgehensweise, um insbesondere auch die Gebäude „vor der Wiembachallee“ zu schützen. Eine rein materiell ausgerichtete Wirtschaftlichkeitsbetrachtung sollte nach den Erlebnissen des Jahres 2021 nicht die allein maßgebliche Entscheidungsgrundlage sein. Daher müssen alle Anstrengungen von Seiten der Verwaltung unternommen werden, nach einem positiven Votum durch den Stadtrat auch die Realisierung des Hochwasserrückhaltebeckens mittelfristig umzusetzen.

gez.

Frank Schmitz

Umweltpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion

gez.

Matthias Itzwerth

stellv. Bezirksbürgermeister im Bezirk II